

Keine «Vogel-Strauss-Politik» bei der Unternehmensbesteuerung

Die fruchtbare Symbiose zwischen lokalen KMU und multinationalen Unternehmen trägt viel zum überdurchschnittlichen wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz bei. Dabei sind global agierende Unternehmen meistens weltweit vernetzt und sehr mobil. Diese sind in der Schweiz oft als Statusgesellschaften eines kantonalen Steuerregimes angesiedelt.

Sie alleine bringen dem Bund jährlich etwa 50 Prozent aller Unternehmenssteuern ein und beschäftigen mehr als 150'000 Mitarbeitende. Klar, dass besonders sie für ihren Hauptsitz einen Standort wählen, der – unter Berücksichtigung anderer Standortvorteile – auch steuerlich attraktiv ist. Sie werden deshalb von anderen kompetitiven Ländern aktiv umworben. Die Schweiz steht hier in einem harten globalen Wettbewerb. Die Politik tut deshalb gut daran, die Unternehmensbesteuerung mit Blick auf die sich laufend verändernden Rahmenbedingungen regelmässig zu optimieren. Es geht um viel: Wachstum, Arbeitsplätze und Realeinkommen sowie insbesondere auch um substantielle Steuereinnahmen für Bund und Kantone und damit um die finanzielle Sicherung unseres Wohlfahrtsstaates.

Schon seit geraumer Zeit übt die EU Druck auf unsere kantonalen Regimes aus. Dieses ungerechtfertigte politische Powerplay kann die betroffenen Unternehmen auf Dauer verunsichern. Zu meinen, die aktuellen Steuereinnahmen dieser Unternehmen in der Schweiz seien gottgegeben, ist eine Illusion. Den Kopf in den Sand zu stecken, ist deshalb schlicht keine Option, denn auch der Status quo ist ein «moving target». Nichtstun führt letztlich zu massiv mehr Steuerausfällen als die Investition in eine standortstärkende Steuerreform. Als offene, globale Volkswirtschaft ist die Schweiz zwingend auf ein attraktives Steuersystem für Unternehmen angewiesen. Eine «Vogel-Strauss-Politik» würde der Standortattraktivität der Schweiz massiv schaden. Das haben auch unsere Behörden erkannt.